

Schweitzer, Jochen

Abbruch, Umbruch oder Aufbruch? Notizen zur Bildungslandschaft der DDR im Juni 1990

Die Deutsche Schule 82 (1990) 3, S. 260-266



Quellenangabe/ Reference:

Schweitzer, Jochen: Abbruch, Umbruch oder Aufbruch? Notizen zur Bildungslandschaft der DDR im Juni 1990 - In: Die Deutsche Schule 82 (1990) 3, S. 260-266 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-313105 - DOI: 10.25656/01:31310

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-313105>

<https://doi.org/10.25656/01:31310>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

82. Jahrgang / Heft 3 / 1990

Jochen Schweitzer

Abbruch, Umbruch oder Aufbruch?

Notizen zur Bildungslandschaft der DDR im Juni 1990

260

Die verwirrende Situation des Bildungswesens, wie sie sich seit dem Aufbruch eingestellt hat, weist viele Merkwürdigkeiten auf. Einige dieser Gleichzeitigkeiten von Ängsten und Hoffnungen, von Zögern und Wagen, von Ratlosigkeit und (Patent-) Lösungen werden hier schlaglichtartig zusammengetragen.

Jörg Schlömerkemper

Auf der Suche nach einem neuen Konsens

Über Kontinuität und Wandel im Bildungswesen der DDR

267

Mit den allgemeinen politischen Veränderungen haben auch die einzelnen Teilbereiche des gesellschaftlichen Lebens ihre Legitimation verloren. Diese neu zu gewinnen, kann zumindest im Bereich des Bildungswesens nicht gelingen, wenn zentral verbindliche Vorgaben regeln sollen, was vor Ort geschehen soll. Ein neuer Konsens kann nur in der konkreten Gestaltung eines überschaubaren pädagogischen Handlungsfeldes gefunden werden.

Arbeitsgruppe Bildungsreform

Thesen zur Bildungsreform in der DDR

Ein Diskussionsangebot

277

Aus den vielfältigen Diskussionen, die in der DDR nach der Öffnung der Denk- bzw. Redemauern geführt worden sind, hat eine Arbeitsgruppe der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) in der DDR ein „Diskussionsangebot“ erarbeitet, das ein wenig Struktur in diese Vielfalt bringen und die Reform des Bildungswesens vorantreiben sollte. Wir dokumentieren dieses Angebot als einen der vielen Versuche, die das zu Überwindende und das Bewahrenswerte sondieren wollten.

257

Jan Hofmann und Helmut Soder

Einerseits und andererseits und außerdem

Kritische Betrachtungen zu den Thesen zur Bildungsreform der DDR vom März 1990 283

Es konnte nicht erwartet werden, daß ein „Diskussionsangebot“, das in der APW, also einem bisher dem Staatsapparat der DDR untergeordneten Institut, erarbeitet worden ist, ohne Widerspruch bleiben würde. Auch eine solche, vielleicht eher polemisch geratene Stimme soll hier dokumentiert werden.

Elisabeth Fuhrmann

Anforderungen an guten Unterricht heute und morgen

Überlegungen zur Veränderung und Verbesserung der Qualität des Lehrens und Lernens 289

Es dürfte relativ einfach sein, die bisherige Situation der Schule in der DDR zu kritisieren und auf prinzipieller Ebene zu formulieren, was anders werden müßte. Schwieriger dürfte es sein, jene konkreten Momente eines guten Unterrichts zu benennen, die das Bewahrenswerte weiterführen und die neuen Zielsetzungen umsetzen. Dieser Beitrag versucht eine Lösung.

Hildegard Maria Nickel

Die Sozialisation der Geschlechter in der DDR

Thesen zu den Unterschieden zwischen Jungen und Mädchen in Schule und Beruf 302

Überraschend ist an diesem Beitrag weniger, daß auf Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen hingewiesen wird, sondern daß dies für eine Gesellschaft getan wird, die sich die Gleichheit von Männern und Frauen in programmatischer Weise zum Ziel gesetzt hatte.

Christa Händle und Wolfgang Nitsch

Lehrerbildung im kollegialen Netzwerk

306

Seit den 60er Jahren sind nicht nur in der Bundesrepublik soziostrukturelle Wandlungen eingetreten, die den Lernort Schule vor völlig neue Aufgaben stellen. Dies erfordert eine sozial- und kulturpädagogische Erneuerung der Schule, die nur in enger Zusammenarbeit von Pädagogen und Pädagoginnen aus Schule und Hochschule, aus Praxis und Forschung geleistet werden kann. Unter dieser Perspektive müßte es fatal erscheinen, wenn in der DDR die integrierte Lehrerbildung aufgehoben werden sollte.

Roland Richter

Der schwere Weg zum Abitur

Selektion und Wettbewerb im französischen Schulwesen 313

Wenn es schon für einheimische Eltern und Schüler schwer ist, sich im „Dschungel“ des französischen Schulwesens und seiner Berechtigungen zurechtzufinden, so gilt das erst recht für den außenstehenden Beobachter, der sich fragt, wie die Vielfalt nationaler Schulformen und Bildungswege in ein gesamteuropäisches Berechtigungswesen integriert werden könnte. Diese Studie informiert über das gegenwärtige Spektrum französischer Abiturprofile und illustriert die Schulwahlprobleme französischer Eltern und Schüler am Beispiel des 12. Pariser Arrondissements.

Horst Dichanz

Wer kontrolliert Amerikas Schulen?

Zur pädagogischen und bildungspolitischen Bedeutung der „School Boards“ 323

Nicht nur das französische, auch das US-amerikanische Schulwesen ist hierzulande immer noch ziemlich unbekannt (vgl. DDS 1985/H. 2 und 1987/H. 1). Der Verfasser gibt aus eigener Erfahrung Einblicke in die Arbeit der amerikanischen „School Boards“, beschreibt ihre Zusammensetzung und ihre Aufgaben an unterschiedlichen Beispielen und veranschaulicht so die Vorzüge einer dezentralen Schulverwaltung, die sich nicht an einem traditionellen „System“, sondern an ad hoc gegebenen Handlungsmöglichkeiten flexibel orientiert.

Sigrid Luchtenberg

Zweisprachigkeit im Interkulturellen Lernen

335

Zweisprachigkeit ist kein Thema, das in einigen Unterrichtseinheiten „abgehakt“ werden kann, sondern das – den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechend – im Klassenzimmer und im Schulleben dauerhaft präsent sein muß. Was diese These unterrichtspraktisch bedeutet, wird von der Verfasserin anschaulich und perspektivenreich vermittelt.

Günter Schreiner

Nach Tschernobyl

Einstellungen von Jugendlichen zur zivilen Nutzung der Kernenergie 344

Wie stark fühlen sich Jugendliche von Kernkraftwerken bedroht? Welche Stellung beziehen sie im öffentlichen Meinungsstreit um die Nutzung der Kernenergie? Haben sie sich drei Jahre nach Tschernobyl mit dem „Restrisiko“ arrangiert? Im Anschluß an Heft 1/1990 (S. 95 ff.) berichtet der Verfasser über die Ergebnisse einer Fragebogenerhebung, die zu unterrichtspraktischen Konsequenzen anregen.

Manfred Bönsch

Wochenplanarbeit – eine Form offenen Unterrichts

358

Dieser Beitrag grenzt die Wochenplanarbeit deutlich von dem Konzept der „Freien Arbeit“ ab (vgl. DDS 4/89) und zeigt sehr anschaulich, wie wichtig didaktische Planungsvorgaben sind, damit die Schüler kreativ und selbständig zu arbeiten lernen.

Nachrichten und Meinungen

368

- Die eine Seite der Medaille
- Abrechnung
- Täuschungen
- Unsicherheiten
- Programme
- Erinnerung an Heinrich Deiters
- Frühere Beiträge in der „Deutschen Schule“ zum Bildungswesen in der DDR
- Vision Europa
- Überalterung
- Selbstverantwortliches Lernen
- Planungshilfen

Abbruch, Umbruch oder Aufbruch?

Notizen zur Bildungslandschaft der DDR im Juni 1990

Noch vor sechs Monaten konnte man die DDR-Bildungslandschaft als ein einheitliches Gebilde beschreiben. Die Situation in einer Schule in Stralsund wich nur wenig ab von der in Gera. Nicht nur die Strukturen waren überall in der DDR nahezu identisch, auch die Methoden und Inhalte waren bis ins kleinste vorgegeben. Wenn sich ein Mecklenburger Schüler im Ferienlager und eine gleichaltrige thüringische Schülerin über ihren Geschichtsunterricht unterhielten, dann stellten sie womöglich fest, nur um ein, zwei Seiten im Lehrbuch weiter oder zurück zu sein und ansonsten das Gleiche gelernt zu haben.

Ein repräsentatives Bild der DDR-Schulen kann heute – im Juni 1990 – keiner geben. Vielerorts hat sich sehr viel geändert und vielerorts noch fast nichts. Für die empirische Forschung ist die DDR noch ein weißes Feld. Die folgenden Notizen geben meine persönlichen Eindrücke wider.

„Herr Minister, wie können wir Ihnen helfen?“

Diese Frage stellte eine Abgeordnete an den ersten von einem freigewählten Parlament legitimierten Bildungsminister der DDR, nachdem er sich im zuständigen Volkskammer-Ausschuß vorgestellt und seine vordringlichen Aufgaben erläutert hat. Diese Frage kennzeichnen vier Merkmale der bildungspolitischen Situation.

Erstens: Es gibt noch kein ausgeprägtes Bewußtsein für Gewaltenteilung in einer parlamentarischen Demokratie. Die Abgeordnete sieht sich nicht als Teil der Legislative, sondern eingeordnet in eine Hierarchie, an deren Spitze nach wie vor der „Minister für Bildung“ steht.

Zweitens kennzeichnet diese Frage nicht nur das Selbstbewußtsein, sondern auch die Kompetenz von Abgeordneten der Volkskammer. Diese, von vielen als das größte Laientheater der DDR bezeichnet, wäre auch dann überfordert, wenn ihr nur erfahrene Vollblut-Politikerinnen und -politiker angehörten. Eine stalinistisch geprägte Gesellschaft zu demokratisieren und sie zugleich mit einem marktwirtschaftlich geordneten demokratischen Staat in wenigen Monaten zu vereinigen, ist eine Aufgabe, die jeden und alle zugleich in Parlament und Regierung überfordert. Man unterscheidet sich darin, wie gut oder schlecht diese Überforderung überspielt wird.

Drittens zeigt diese Frage aber auch, daß die Macht im Bildungswesen noch nicht beim demokratisch legitimierten Minister liegt. Etwa 70 Prozent der Beschäftigten in der Volksbildung sollen „der Partei“ angehört haben. Wie viele es heute noch sind, ist unbekannt.

Der Anteil der informellen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in den Einrichtungen des Bildungswesens war überproportional hoch, der Anteil

der Lehrer unter den hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern ebenfalls. Schulrat, Direktor, Gewerkschaftsfunktionär, Staatsbürgerkundelehrer konnte in der Regel nur werden, wer einen speziellen Parteauftrag hatte und an speziellen Parteischulungen teilnahm. Die Partei hatte das Handeln dieser Menschen bestimmt. Der autoritäre Charakter ist der vorherrschende Persönlichkeitstyp.

Nun hat der Minister alle Direktoren und Schulräte, einschließlich ihrer Stellvertreter abberufen und verlangt für alle neu oder wieder zu berufenden Leiter von Schulen und Schulämtern, daß sie sich „zur freiheitlichen, demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Ordnung bekennen“ (Beschluß des Ministerrates vom 30. 5. 1990). Es kann als sicher gelten, daß die Macht im Schulwesen noch nicht vollständig von Demokraten ausgeht, auch wenn Ministerratsbeschlüsse dies verlangen. Der Minister kann also die Hilfe von Abgeordneten durchaus gut gebrauchen, um gegen den „alten Apparat“ anzukommen.

Schließlich verweist die Frage auf das Hauptproblem des DDR-Bildungswesens: Wie ist seine Entstalinisierung und Demokratisierung möglich? Die demokratische Bewegung ist in der DDR nicht von den Schulen und Hochschulen ausgegangen, sie hat aber im Verlauf doch eine Reihe basisdemokratischer pädagogischer Initiativen hervorgebracht. Wie viele Direktoren in den letzten Monaten abgewählt oder wiedergewählt wurden, ist statistisch nicht erfaßt worden. Ob sich Demokratie im Schulwesen durch einen Beschluß von oben durchsetzen läßt, kann bezweifelt werden. Eine parlamentarische Beteiligung am Beschluß des Ministerrates „über Mitwirkungs-gremien und Leitungsstrukturen im Schulwesen“, mit dem neue rechtliche Grundlagen einer Demokratisierung geschaffen werden, hat es nicht gegeben. Ein rechtsstaatlicher Widerspruch in sich.

„Wann wird endlich wieder regiert?“

Dieser, in eine Frage gekleidete, Vorwurf kam von einem leitenden Mitarbeiter des Ministeriums, der für seinen Aufgabenbereich ohne Direktive von oben entscheiden mußte. Der Wechsel an der Spitze des Ministeriums hat die Unsicherheit und die Ängste der Mitarbeiter über ihre Perspektive offenbar verstärkt. Es ist nicht verwunderlich, daß viele, die vorher eifrig die Beschlüsse der SED befolgten, sich nun an den konservativen Positionen westdeutscher CDU-Politiker und Arbeitgeber-Funktionären orientieren. Klare hierarchische Verhältnisse und die Ausstrahlung von Macht geben den in ihren Grundfesten verunsicherten Menschen schneller stabile Orientierungen. Ein bißchen „Identifikation mit dem Aggressor“ kommt hinzu. Das durch den Machtwechsel im Ministerium noch gewachsene Chaos und das entstandene Vakuum können so schneller überwunden werden.

Die Ansprüche westdeutscher Handwerks- und Arbeitgebervertreter an eine „anständige“ Berufsausbildung und die Maßstäbe süddeutscher Bildungspolitiker und -bürokraten an eine traditionelle Abiturbildung mit Griechisch und Latein – wie sie ältere Menschen in der DDR noch von früher kennen, sind die neuen Fixpunkte, an denen sich viele alte und neue

Mitarbeiter der DDR-Bildungsverwaltung (das Wort „Leitungskader“ gehört wohl schon zur Geschichte) gerne ausrichten und neuen Halt finden.

„Wir sind alle Opfer und Täter“

Die Menschen in der DDR werden noch lange damit beschäftigt sein, die pauschal falsche Formel „Wir sind alle Opfer und Täter zugleich“ so lange weiter zu differenzieren und unterschiedlich zu gewichten, bis sie für jeden einzelnen und für die Gesellschaft als Ganzes stimmt. Das betrifft Lehrerinnen und Lehrer in besonderer Weise. Wer die notwendige Trauerarbeit kollektiviert und für die Suche nach neuer persönlicher Glaubwürdigkeit keine Zeit läßt, verspielt einen demokratischen Neuanfang in der DDR. Dort scheint die Angst vor neuen Glaubenskriegen und die Sehnsucht nach Harmonie, Sicherheit und Wohlstand stärker zu sein als die Bereitschaft, sich mit inneren und äußeren Konflikten auseinanderzusetzen.

Von westdeutscher Seite kann dazu kaum Hilfe kommen.

Es ist kaum anzunehmen, daß die individuelle und gesellschaftliche Aufarbeitung des Stalinismus in kürzerer Zeit als einer Generation gelingt. Was jetzt versäumt oder schnell zugedeckt wird, wird später wieder aufbrechen als „schwer heilende Wunde“.

„Gemeinsam voneinander lernen?“

Diese Formel, von westdeutschen Vertretern einer „fortschrittlichen“ Bildungspolitik häufig gebraucht, löst bei DDR-Pädagogen und vor allem Eltern Skepsis aus. Was soll es an „Bewahrenswertem“ im DDR-Bildungssystem geben, das doch von der großen Mehrheit der Bevölkerung als eine der Hauptursachen für Deformation und Repression in der DDR-Gesellschaft gesehen wird. Lehrer galten häufig als unbeliebt, als treue Garanten des alten Systems. Von denen wollen westdeutsche Pädagogen etwas lernen?

So wirken konservative Politiker dann doch ehrlicher, wenn auch arrogant. Sie fordern von der DDR die Übernahme ihrer Positionen, andernfalls würden sie ihnen die Anerkennung versagen. Das ist eine klare Sprache. Wenn dagegen von Linken in der Bundesrepublik gefordert wird, man solle der DDR nichts überstülpen, man wolle Mut zu eigenen Lösungen machen und wenn DDR-Pädagogen vor dem Beamtenstatus und dem Gymnasium gewarnt werden, so wird der sozialistische Missionsgeist westdeutscher Linker allzu unehrlich verbrämt. Nicht die „eigenen Lösungen“ sollen sie finden, nicht „das Bewährte bewahren“, sondern die fortschrittlichen linken Positionen in der DDR verwirklichen – was in der Bundesrepublik nicht gelungen ist. Diese merkwürdige Mischung von Devothet und linker Arroganz im Umgang mit DDR-Lehrern ist keine ehrliche Grundlage für die notwendige Kommunikation zwischen Ost und West, nachdem auch die pädagogischen Mauern gefallen und die strenge Isolation der DDR-Pädagogen überwunden werden kann. Der demokratische Dialog zwischen Pädagogen aus Ost und West hat noch nicht begonnen, wendehälsige Devothet, linke wie rechte Arroganz und die noch fehlende Analyse des Scheiterns sozialistischer Pädagogik und Politik sind Gründe dafür. Der

unkritische, vorbehaltlose Kontakt zu den Wendehälsen in der Pädagogik, die „angeblich“ immer schon dagegen waren, brüskiert und schwächt die oppositionellen, basisdemokratischen Initiativen, die sich schon wieder als Randgruppe vorkommen.

„Ich will keine bildungspolitischen Glaubenskriege“

Diese Äußerung des neuen DDR-Bildungsministers, Hans-Joachim Meyer, klingt sympathisch, verrät aber noch kein klares Konzept. Auch die Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien spricht keine klare Sprache, wenn sie zu den Strukturen ausführt, „die Pluralität der Schule soll sich ausdrücken in dem Nebeneinander der integrierten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe, gegliederter Schule und Schulen freier Trägerschaften“. Zwar soll es eine wechselseitige Durchlässigkeit der Schultypen geben, durch die Einführung von 2450 Leistungsklassen für die Abiturstufe nach der Klasse 8 an den Oberschulen in der DDR wird dem Zug zum Ausbau gymnasialer Bildung schon für das nächste Schuljahr grünes Licht gegeben. Dagegen werden den wenigen Versuchen zur Gründung von Gesamtschulen mehr und mehr Hindernisse in den Weg gelegt. Das bisher am weitesten gediehene und am besten ausgearbeitete Gesamtschulprojekt in Berlin-Hellersdorf wurde trotz positivem Zwischenbescheid vom März zeitweise von der Ministerialverwaltung gestoppt. Solche Entscheidungen mit Signalcharakter wirken verheerend auf die großen Anstrengungen, die man für den Umbau der bisherigen Einheitsschule zu einer integrierten Gesamtschule braucht. Etwa 80% der allgemeinbildenden Oberschulen sind nur ein- bis zweizügig, so daß schulorganisatorisch wie räumlich eine Differenzierung nach Kursen äußerst schwierig ist. Entsprechende ermutigende und praktische Vorschläge des Ministeriums zur inneren und äußeren Leistungs-differenzierung sind bisher nicht erfolgt. Mit dem Apell des Ministers „Keine Glaubenskriege“ sollen daher wohl eher konservative Konzepte kaschiert und leichter realisiert werden. So bleibt die schwache Hoffnung, daß über die neuen kommunalen Parlamente, durch den Druck von Eltern und Pädagogen noch einige Gesamtschulversuche entstehen können. Merkwürdigerweise müssen sie bisher auf die Unterstützung und die Erfahrungen westdeutscher Gesamtschulen weitgehend verzichten. Gymnasien sind da offenbar weit besser dran.

„Die machen den Laden dicht“

Briefe mit Beispielen über die Schließung von Betriebsberufsschulen stapeln sich im Bildungsministerium. Die Berufsausbildung galt bisher als eine relativ erfolgreiche und wenig ideologisch belastete Säule des DDR-Bildungswesens. Mit der im Staatsvertrag beschlossenen Umwandlung der volkseigenen Betriebe in Privatbetriebe sind viele Betriebsberufsschulen bereits aufgelöst worden oder in ihrer Existenz bedroht. Es sind angeblich unrentable Betriebsteile, die die neuen privaten Eigentümer nicht weiter aufrechterhalten wollen. Die Regierung reagiert hilflos, denn weder rechtliche, noch politische, noch finanzielle Maßnahmen können kurzfristig greifen, um diejenigen Berufsschulen, die zu 80% den Betrieben und

Kombinaten gehören, weiterzuführen und sie gegebenenfalls in eine kommunale Trägerschaft zu überführen. Abgeschlossene und bestehende Lehrverträge werden im gegenwärtigen „rechtsfreien Raum“ einfach aufgelöst. Dies ist ein Teil des sozialen Sprengsatzes, der im kommenden Herbst für die prognostizierten heißen Temperaturen sorgen wird. Verbittert registrieren viele Berufsschullehrer und Lehrlinge, daß der westdeutsche Bundesbildungsminister Möllemann zwar 30 Mio. für die Anschaffung von Lehrbüchern gespendet hat (eine in vielerlei Hinsicht fragwürdige Aktion), aber für den Erhalt und die Verbesserung der beruflichen Bildung als einer wesentlichen Voraussetzung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der DDR ist noch gar kein Geld geflossen. Nicht nur an dieser Stelle wirkt sich der Zusammenbruch der alten Gewerkschaften, die keinerlei bildungspolitische und berufspolitische Kompetenz besaßen und auch keine Glaubwürdigkeit mehr besitzen, katastrophal aus. Westdeutsche Arbeitgeber- und Handwerkspositionen finden in der DDR keinen Widerspruch und die Berufsbildungsexperten der westdeutschen Gewerkschaften sind fern.

„Ist gutes Benehmen Glückssache?“

Das Fach Staatsbürgerkunde („Stabü“) galt in den DDR-Schulen als wichtigstes Element der ideologischen Erziehung und war allgemein in der Bevölkerung sehr unbeliebt: Noch unter dem ehemaligen SED-Bildungsminister Emons, dem Nachfolger von Margot Honecker, wurde dieses Fach abgeschafft – eine populäre Maßnahme. Unklar war, wie diese Lücke im Stundenplan gefüllt werden sollte.

Aus den vielen Vorschlägen für ein neues Fach Gesellschaftskunde ist nun der Entwurf eines Rahmenplanes entstanden, der aus bundesdeutscher Sicht viele Merkwürdigkeiten enthält. Neben starken Anteilen aus der Institutionenkunde für „Bürger in der demokratischen Gesellschaft“ wird für die Klassen 7 oder 8 ein Grundkurs „Lebensweise/Lebensgestaltung“ mit einem Umfang von 30 Stunden vorgeschlagen. Dieser Grundkurs, wird in dem Rahmenplan eingeräumt, stelle besondere Anforderungen an die „schöpferische, inhaltliche und methodisch-organisatorische Gestaltung“. Es sei dabei zu beachten, daß hier „private bzw. intime Bereiche der Schülerpersönlichkeit berührt werden und der Erfolg wesentlich davon abhängt, wie sich der Lehrer persönlich einbringt und es ihm gelingt, die Schüler unter Nutzung ihrer sozialen Erfahrungen aufzuschließen und sie zu motivieren, sich freimütig zu äußern“. Verbindliche Themenkomplexe dieses Grundkurses sind dabei unter anderem „Äußeres und Charakter“, „ausreichend und richtig ernährt sein“, „Möglichkeiten der Abhärtung durch Luft, Licht und Wasser“, „Gutes Benehmen als Ausdruck der Persönlichkeit“, „Mein Charakter – Dein Charakter“, „Muß man immer die Wahrheit sagen?“, „Wie kommt man zu einem Freund?“, „Wann die Freundin wechseln?“, „Pflegemittel und Kosmetika für Jugendliche“, „Wie gestalte ich mein Zimmer?“, „Gibt es Liebe auf den ersten Blick?“, „Feste und Feiern in der Familie“ und so weiter. Es muß hinzugefügt werden, daß nach dem Rahmenlehrplan immerhin empfohlen wird, auf Zensierung bei Behandlung dieser Thematik zu verzichten.

Wer in diesem Rahmenlehrplan für den Gesellschaftskundeunterricht nach Hinweisen und Themen sucht, wie die bisherige stalinistisch geprägte Politik der DDR aufgearbeitet und dem Schüler verständlich gemacht werden soll, sucht vergeblich. Aus „schulorganisatorischen Gründen“ ist es häufig gar nicht anders möglich, als daß der bisherige Stabü-Lehrer zukünftig dieses Fach Gesellschaftskunde unterrichtet. Wie er dafür Glaubwürdigkeit gerade für diese Themen erreichen will, bleibt völlig schleierhaft, wie dieses Fach selbst wohl mehr zur Verschleierung als zur Suche und Vermittlung neuer demokratischer Perspektiven dient. „Wir müssen den Lehrern aber etwas in die Hand geben“, lautet die Erwiderung auf Kritiker, die die Aussetzung dieses Rahmenlehrplanes fordern. Eine endgültige Entscheidung ist wohl noch nicht gefallen.

Rat- und Hilflosigkeit bei den Verantwortlichen sind nahezu grenzenlos, wie sollte es nach jahrzehntelanger eigener Praxis im Fach „Stabü“ auch anders sein.

Von westdeutschen Politikdidaktikern ist kurzfristig kaum Hilfe zu erwarten, weil für eine solche gesellschaftliche und pädagogische Situation noch keine Erfahrungen vorliegen und kein Konzept in Sicht ist. Die importierten westdeutschen Lehrbücher enthalten eine überwiegend systemimmanente Beschreibung der DDR-Gesellschaft; dieses geschönte Bild wirft daher mehr Fragen auf – auch für die westdeutsche politische Bildung – als es Antworten für DDR-Schüler und -Lehrer gibt.

Hoffnungen und Ängste

Anfang Mai fand der erste Lehrer-Warnstreik in der Geschichte der DDR statt. Mit der Forderung nach Anerkennung ihrer Examina und Anhebung ihrer Gehälter auf 70% der westdeutschen Lehrerbeseoldung haben die streikenden Pädagogen viel Aufmerksamkeit in der Medienöffentlichkeit erlangt. Die Aktion wirkte wie ein Strohfeuer. „Gerade die Lehrer“, äußerten sich viele Menschen hinterher empört, und bei der Gewerkschaft wird daher weder die in dieser Höhe geforderte Position aufrechterhalten, noch wird an eine Fortsetzung des Streikes im Juni gedacht. Die Sicherung des Nettoeinkommens dürfte für die meisten Lehrerinnen und Lehrer ein realistisches Nahziel sein. Was vom zusammenbrechenden Gewerkschaftskoloß im Einigungsprozeß übrig bleibt, ist wohl für die Funktionäre das vordringliche Problem.

Die Ängste um die Zukunft der Arbeitsplätze beherrschen derzeit die Stimmung in der DDR, wobei die Lehrerinnen und Lehrer noch die geringsten Sorgen haben müßten, weil – mit Ausnahme der betrieblichen Einrichtungen – an die Schließung von Schulen, Kindergärten usw. derzeit nicht gedacht wird. Sie widerspräche auch der Koalitionsvereinbarung. Der Ruf nach dem Beamtenstatus ist dennoch wohl die populärste Forderung unter den DDR-Pädagogen. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß dieser Wunsch in absehbarer Zeit in Erfüllung geht, wenn auch noch nicht so schnell. Eine gute Voraussetzung für die weitere Demokratisierung ist dies sicher nicht. Der Bildungsminister hat denn auch – mit Recht? – wenig Vertrauen in die Demokratiefähigkeit der Schulen selbst.

In seiner Verordnung für eine demokratische Schulverfassung wird bei der Wahl und Ernennung der neuen Direktoren die Schulkonferenz nur angehört. Diesem neuen Gremium, das sich im Verhältnis 2:1:1 aus Lehrer-, Eltern- und Schülervertretern zusammensetzt, sollen zwar alle geeigneten Bewerber vorgestellt werden, die Entscheidung über die Ernennung zum Direktor der Schule liegt jedoch beim Kreisschulrat. Auch dieser Kreisschulrat wird in einem neuen Verfahren berufen, das am 30. 5. 1990 vom Ministerrat beschlossen worden ist. Darin heißt es unter anderem: „Für die Übergangszeit bis zur Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit der Länder und bis zum Inkrafttreten landesrechtlicher Regelungen werden unter Verantwortung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft vorläufige Schulaufsichtsbehörden gebildet. Die vorläufigen Schulaufsichtsbehörden bestehen aus den Landesschulämtern und den Schulämtern der Kreise.“ Die neu zu ernennenden Landesschulräte sollen Aufgaben für das Bildungswesen im Prozeß der Herausbildung der Länder wahrnehmen, also zukünftige Kultusministerien aufbauen. Sie sind zugleich vorgesetzte Behörde der Kreisschulräte. Aufsicht und Kontrolle sind die häufigsten Begriffe, die bei den Aufgaben dieser Schulaufsichtsbehörden genannt werden. Welche unbelasteten Pädagogen mit der erforderlichen Qualifikation und dem Bekenntnis „zur freiheitlichen, demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Ordnung“ stehen für diese Schulaufsicht, für diese Direktorenposten zur Verfügung? Ob diese Frage mehr Hoffnung oder mehr Angst auslöst, dürfte vom Standpunkt des Betrachters abhängig sein.

Jochen Schweitzer, geb. 1942, Ausbildung zum Bankkaufmann und Studium der Wirtschaftswissenschaften; 1969 bis 1983 Berufsschullehrer und dazwischen von 1973 bis 1978 Studienrat im Hochschuldienst an der Universität Münster; von 1972 bis 1983 Mitarbeiter im Schulversuch Kollegschole Nordrhein-Westfalen; von 1983 bis 1989 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der GEW und Leiter des Referates Bildungspolitik; seit April 1990 Referent für Bildungspolitik der SPD-Fraktion in der Volkskammer.

Anschrift: z. Z. Maximilianstraße 25, DDR-1100 Berlin